

## Transformation oder Wandel? Impressionen aus (fast) zwei Jahrzehnten Transformationsforschung

Beitrag zur Sprechertagung der sozial- und geisteswissenschaftlichen  
Sonderforschungsbereiche, 17.-18.10.2008 in Wittenberg

Als ich die Einladung zu diesem Vortrag annahm, war mir bewusst, dass ich Sie weder mit einer ausführlichen Reflexion auf begriffliche Semantiken noch mit einer, womöglich gar um Vollständigkeit bemühten Phänomenologie der postsozialistischen Transformationen langweilen dürfte. Ich schrieb Herrn Hoffmann, dass ich über das Thema "Transformation – Großthema lohnender Sozialforschung?" sprechen wollte, was akzeptiert wurde und was ich nun tun werde.

Was jenseits theoretischer Ansprüche aber mit eindeutigen Zeitindex als Transformation bezeichnet wird, darf ohne Übertreibung als ein exzeptioneller Gegenstand der Sozialforschung gelten. Die annähernde Gleichzeitigkeit, die Ähnlichkeit von Ausgangsbedingungen und Zielen, und nicht zuletzt die beträchtliche Anzahl der sich transformierenden – oder zumindest sich gründlich wandelnden – Länder markieren einen historisch beispiellosen Forschungsgegenstand. Es waren nicht weniger als 29 Länder der ehemals „Zweiten Welt“, die sich – teils aufgrund endogener Entwicklungen, teils aus äußerem Anlass oder auf Betreiben gelegentlichsbewusster Eliten – einem mehr oder weniger tief greifenden Wandel ihrer politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen unterzogen.<sup>1</sup>

Nie zuvor hatten Sozialwissenschaftler Gelegenheit, ein ähnlich umfangreiches Sample simultaner Wandlungsprozesse zu studieren. Die vorhandenen Theorien sozialen Wandels verwiesen zwar auf Voraussetzungen, Gemeinsamkeiten und Varianz in einer Vielzahl ungleichzeitiger Fälle, aber erst die gleichzeitigen Transformationsprozesse der ex-sozialistischen Länder schienen die Möglichkeit zu bieten, systematische Erkenntnisgewinne aus der vergleichenden Untersuchung analoger Fälle zu erzielen. Sei es, um exakter zwischen strukturellen Gegebenheiten, dynamischen Umwelteinflüssen und diskretionären Akteurenentschei-

---

<sup>1</sup> Das sind außer der DDR: Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, die Republik Moldau, die Mongolei, Polen, Rumänien, Russland, Serbien und Montenegro, die Slowakei, Slowenien, Tadschikistan, die Tschechische Republik, Turkmenistan, die Ukraine, Ungarn, Usbekistan und Weißrussland.

dungen unterscheiden zu können, sei es um allgemeine Bedingungen des Wandels von singulären länder- und fallspezifischen Faktoren zu isolieren.

Vielleicht ist die folgende Aussage ausschließlich von subjektivem Meinen und mangelnder Informiertheit geprägt, die Sie mir bitte nachsehen mögen: Aber mir ist keine Studie bekannt, in der dieses Thema anhand des umfangreichen Ländersamples im Hinblick auf die Fortentwicklung von Theorien des sozialen Wandels erfolgreich verfolgt worden wäre. Vielmehr scheint mir eine eigenartige Diskrepanz zu bestehen zwischen dem Erkenntnispotential dieses Großthemas und dem durchschnittlichen Anspruchsniveau der Vielzahl von einschlägigen Forschungsprojekten und Studien.

Im meinem Vortrag werde ich Ihnen zuerst einige Impressionen vermitteln, die sich bei gleichzeitiger Betrachtung des deutschen Transformationsfalls und seiner osteuropäischen Pendants aufdrängen. Dann versuche ich – mit aller gebotenen Vorsicht – die Frage zu beantworten, ob und ggf. welche neuen Erkenntnisse die Transformationsforschung gebracht hat und was aus ihnen für einige soziologische Grundannahmen folgt. Und schließlich bleibt zu prüfen, ob diese Erkenntnisse für die Bewältigung ähnlich anspruchsvoller Projekte nutzbar sein könnten.

## 2.

Bedient man sich der in der Soziologie üblichen Unterscheidung von drei Ebenen der Analyse, so fällt auf, dass die Transformationsforschung ihnen in ungleichem Maße Aufmerksamkeit geschenkt hat. Die **Mikroebene** eilte den beiden anderen Ebenen um Längen voraus. Es gibt also ein zumindest quantitativ befriedigendes Angebot an Informationen über die Auswirkungen des ökonomischen, sozialstrukturellen und politischen Wandels auf individuelle Lebensbedingungen, auf subjektive Empfindungen, Erwartungen und Präferenzen. Ohne einen Zweifel an der Validität der erlangten Befunde zu äußern, ist jedoch anzumerken, dass diese in der Regel relativ fluide Interimsphänomene betrafen und nur höchst selten zur Prüfung theoriegestützter Forschungshypothesen taugten. Zudem überschritten die Befunde kaum den Streubereich der Daten aus analogen Untersuchungen in Nicht-Transformationsländern. Mag zwar in mikro-ökonomischer Perspektive mit dem Übergang zur Marktwirtschaft so etwas wie ein handlungsleitender Paradigmenwandel beobachtbar gewesen sein, so boten die Befunde mikro-soziologischer Forschungen m.E. wenig überraschende und gleichzeitig verallgemeinerbare Erkenntnisse.

Eine Ausnahme ist mit Bezug auf die innerdeutsche Ost-West-Wanderung von Erwerbspersonen zu berichten. Im Gefolge von Grenzöffnung, Währungsreform und Reallohnanpassung

hatte sich 1990 ein umfangreicher Migrationsstrom entwickelt. Daraufhin galt allerorten, also auch in der Wissenschaft, das fortbestehende Lohngefälle als wichtigstes Wanderungsmotiv, woraus sich die Forderung nach raschen Lohnerhöhungen ableitete. Das wiederum hat eine US-amerikanische Forschergruppe veranlasst, den Sachverhalt empirisch aufzuklären. Eine (öffentlich weithin ignorierte) Untersuchung von George Akerlof, Nobelpreisträger von 2001, und anderen falsifiziert die These des dominierenden Lohnmotivs und weist nach, dass die Mehrheit der innerdeutschen Migranten von der realistischen Erwartung rasch zunehmender Arbeitslosigkeit motiviert war.<sup>2</sup>

Etwas weniger zahlreich, aber häufiger als diachrone Verlaufsuntersuchungen angelegt, waren die Studien zu Phänomenen der **Mesoebene**, d.h. Unternehmen und Verwaltungen, Parteien und Gewerkschaften, Interessenverbänden und sozialen Bewegungen. Unternehmensstudien wurden auch seitens der empirischen Wirtschaftsforschung angestellt. Während diese sich v.a. für die wirtschaftlichen Folgen der Restrukturierung sozialistischer Konglomerate interessierte, ging es in der Mehrzahl der industriesoziologischen Studien um die Situation der Arbeitnehmer, die Bedingungen ihres Interessenschutzes und ihr Schicksal in der Folge von Privatisierung, Restrukturierung und Belegschaftsabbau.

Viele der Studien, die Phänomenen der Mesoebene gewidmet waren, nutzten das Instrumentarium der Komparatistik. Allerdings stellte sich sehr früh eine gegenstandsbezogene Arbeitsteilung zwischen zwei unterschiedlich fokussierenden Forscher-Populationen ein. Während die eine, nennen wir sie Population A, an der Aufklärung differenter Transformationspolitiken interessiert war und sich mit Samples aus mehreren östlich von Oder und Neiße gelegenen Ländern beschäftigte, stand für die andere Forscher-Population (B) die Auslotung des Sonderschicksals der neuen Bundesländer im Vordergrund. B-Forscher bevorzugten die Bundesrepublik vor 1990 bzw. die „alten“ Bundesländer als erkenntnisträchtige Vergleichsreferenz; anspruchsvollere Studien dehnten den Horizont auf weitere westeuropäische Demokratien mit konsolidierter Marktwirtschaft aus. So entwickelte sich die paradoxe Arbeitsteilung, dass komparative Forschungen des Typs A ihre Befunde zwanglos im Lichte der einschlägigen Organisations- bzw. Institutionentheorien zu diskutieren vermochten, während Forschungen des Typs B regelmäßig auf die theoretisch weniger ergiebigen Sonderphänomene der deutschen Einheit rekurrierten. Die dabei erlangten Erkenntnisse waren folglich weniger generalisier- als politisierbar.

Was gesellschaftsweite Untersuchungen, d.h. die **Makroebene**, betrifft, bestand überraschend wenig Interesse, das Transformationsschicksal der DDR bzw. der neuen Bundesländer mit dem anderer ex-sozialistischer Länder zu vergleichen. Das ist, einerseits, in Anbe-

---

<sup>2</sup> Vgl. dazu v.a. Akerlof et al. (1991) und Burda (1993).

tracht des ungleichen Niveaus von externem Sponsoring verständlich: „Die deutsche Vereinigung als sozialer Großversuch“ (Giesen/Leggewie 1991) erschien dank Institutionen- und Finanztransfers als praktisch unvergleichlicher Sonderfall. Andererseits ist der Verzicht auf systematische Vergleiche der Startbedingungen von DDR und beispielsweise Ungarn zu bedauern, weil damit auch die Einsichtnahme in DDR-typische Voraussetzungsdefizite entfiel. Solche waren beispielsweise anhand der kognitiven Befangenheit ostdeutscher Eliten auszumachen.

Ein großer Teil (nicht alle!) der ostdeutschen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler demonstrierte noch Ende 1989 seine Zugehörigkeit zu einer teilweise anachronistisch anmutenden akademischen „Lokalkultur“. Ein enger Lektüre- und Theoriehorizont sowie das entschieden antikapitalistische Weltbild bildeten einen starken Kontrast nicht nur zu den Intellektuellen-Biotopen westeuropäischer Prägung, sondern – und das macht ihre Besonderheit aus – auch zu den Intellektuellenkulturen Ungarns, Polens, der Tschechoslowakei und selbst der Sowjetunion, wo man sich dank *glasnost* und *perestroika* eines erweiterten Diskussionshorizontes erfreute.

Überflüssig zu sagen, dass die Betroffenen keine Schuld an ihrem Kollektivschicksal trifft, dessen Wirkungen auf das deutsche Parteiensystem und den politischen Optionenraum auch heute noch spürbar sind. Besonders gravierend waren aber die unmittelbaren Konsequenzen: In keinem anderen Transformationsland waren die oppositionellen Kräfte so wenig informiert über die Wirklichkeit des globalen Kapitalismus und das Optionenspektrum des unerwarteten Systemwechsels. So blieben die Reformdiskurse der ostdeutschen Opposition und staatskritischen Intellektuellen einem sehr allgemeinen sozialphilosophischen Rahmen verhaftet; die Konzepte für Reformen „im“ Sozialismus waren von den Erkenntnissen der zeitgenössischen Sozial-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften weitgehend unberührt. Dank der politischen Bewirtschaftung von Wissen und Kommunikation war das Geistesleben der DDR über lange Zeit von den politischen und kulturellen Entwicklungen in der „Ersten“ und selbst in Teilen der „Zweiten“ Welt abgekoppelt (vgl. Land/ Possekel 1992, 1994).

Dieses Handikap unterscheidet den ostdeutschen Transformationsfall deutlich von der Situation in jenen Ländern, in denen oppositionelle Intellektuelle unter den wichtigsten Protagonisten der Systemtransformation waren. In Ostdeutschland war dagegen der Aufbruchswillen eines breiten Bevölkerungssegments mit überwiegend skeptischen bis ablehnenden Meinungsbekundungen ost- und westdeutscher Intellektueller konfrontiert, wie sie bald auch in Teilen der prozessbegleitenden Forschung wiederkehrten. Als dann die Bevölkerung auch noch die Risiken und Kosten der Transformation zu spüren bekam, konnte sie auf ein differenziertes Angebot einschlägiger Bedenken zurückgreifen. So kam es zu dem Paradox, dass die Transformationsgesellschaft, die durch eine verkürzte Unsicherheits- und Leidensphase

sowie erhebliche Kompensationsleistungen begünstigt war, über Jahre hinweg das höchste Maß an transformationsbezogener Unzufriedenheit bekundete (vgl. Wiesenthal 1998).

In dieser Frühphase der Transformation, das waren die Jahre bis etwa 1996, sind etliche Studien entstanden, die einerseits über die Komplexität und Vieldimensionalität des sozialen Wandels informieren, andererseits die Sinnhaftigkeit, Zielgerichtetheit und Sozialverträglichkeit des institutionellen Umbaus – in der Gestalt eines politischen Reformprojekts – mit Verweis auf unbeabsichtigte und intolerable Folgen in Zweifel ziehen. Tatsächlich waren die Transformationsprozesse allerorten von mehr oder weniger schwer wiegenden Fehlschlägen, Folgeproblemen und Perfektionsmängeln begleitet (z.B. Müller 1998). Konfrontiert mit der idealen Vorstellung eines harmonischen, spannungsarmen Wandlungsprozesses von hoher Sozialverträglichkeit wirkten sie zwangsläufig problematisch und wurden mit entsprechenden *Kalamitätendiagnosen* bedacht (vgl. Pollack 2008).

Daneben entstanden zahlreiche Fallstudien zum Transformationsschicksal einzelner Länder, zu transformationstypischen Teilreformen bzw. Problemen (etwa der Privatisierung, der makroökonomischen Konsolidierung, der sozialpolitischen Reaktion auf Arbeitslosigkeit und Armut) sowie zur Entwicklung ausgewählter Wirtschaftssektoren. Sie vermochten zwar in der Regel, ihren jeweiligen Gegenstand zu erhellen, aber nur selten die als Ursache identifizierten Entscheidungen vor dem Hintergrund der real gegebenen Alternativen zu bewerten. Die anfängliche Vermutung, dass sich besonders auffällige Unterschiede der politischen Präferenz für Schocktherapie respektive Gradualismus zuschreiben ließen, musste bald fallen gelassen werden. Denn nirgendwo war es zur kompletten Realisierung der als „neoliberal“ etikettierten Blaupausen (z.B. Sachs 1989) gekommen.

Gleichwohl war das Radikalrezept nicht ohne Wert. Es signalisierte funktionale Zusammenhänge und Risikobewusstsein. Da die Reihenfolge einzelner Maßnahmen („Sequenzierung“) in der Tat einen Unterschied machte (vgl. Beyer 2001), gewannen Länder, die sich frühzeitig ein kompaktes Reformprogramm zugemutet hatten, einen deutlichen Vorsprung. Das gilt jedenfalls für die acht EU-Beitrittsländer von 2004. Die Kritik an vermeintlicher Kontextblindheit und deterministischem Übermut der Radikalreformer erwies sich als „overdone skepticism“ und wegen der Vielzahl von situativ relevanten Variablen auch als „misplaced concreteness“. Im übrigen waren die Befürworter des Gradualismus jeden Hinweis schuldig geblieben, wie die Zielkonstanz einer zeitlich ausgedehnten Kette sukzessiver demokratischer Entscheidungen hätte gewährleistet werden können.

Nach nunmehr fast zwei Jahrzehnten des Wandels und der Konsolidierung steht die Möglichkeit erfolgreicher Systemtransformation außer Frage. Repräsentative Demokratie und Marktwirtschaft ließen sich überall dort installieren, wo sie von den herrschenden Eliten an-

gestrebt und mittels eines Sets notwendiger Reformen institutionalisiert worden waren. Gleichwohl ist ein allgemein befriedigender Zustand noch außer Sichtweite. Arbeitslosenquoten bis 11 %, niedrige Durchschnittseinkommen und die deutliche Zunahme sozialer Ungleichheit gehören zum Problemkatalog auch der erfolgreicherer Länder. Soviel zu den Realphänomenen des Wandels im Lichte einiger irrtümlicher Annahmen.

### 3.

Im Anschluss an die erwähnten Beispiele, in denen voreilige Erwartungen von der Wirklichkeit berichtigt wurden, ist die Frage zu stellen: Welchen bleibenden Ertrag hat die Transformationsforschung erwirtschaftet? Beziehungsweise: Gibt es hinreichend präzise, generalisierbare und damit theoriefähige Erkenntnisse, die den Wissensbestand nachhaltig bereichern? Die Antwort ist insofern nicht einfach, als es (meines Wissens) noch an einer entsprechenden Erfolgsbilanz der Transformationsforschung fehlt (– und wir wegen der Multidisziplinarität und Vielfalt der Fragestellungen auch nicht auf eine konsolidierte Ertragszusammenstellung hoffen dürfen). Aber auch, weil jede fehlgeschlagene Prognose, jede falsifizierte Hypothese und (fast) jede inadäquate Theoriereferenz einen Funken Erkenntniswert in sich birgt.

So möchte ich zunächst einige Gegenstände auflisten, zu denen nach heutigem Stand der Forschung und entgegen optimistischer Annahmen *keine eindeutigen Befunde* vorliegen (bzw. bei denen die sich widersprechenden Befunde einer klärenden Ordnung) harren. Beispielsweise scheint die Transformationsforschung weder auf dem Gebiet der Modernisierungstheorie noch dem der Demokratietheorie neue Erkenntnisse über Voraussetzungs- und Kausalstrukturen erbracht zu haben. Auf beiden Gegenstandsfeldern wurden eklatante Voraussetzungsdefizite, komplexe Verursachungsmuster und eine Vielzahl von Entwicklungspfaden beobachtet. Einschlägige Experten folgern dementsprechend, dass sich der überlieferte Theorienfundus im Großen und Ganzen bewährt habe (M.G. Schmidt 1996; Pollack 2008) und alle diversen Theorievarianten irgendwie relevant blieben (M.G. Schmidt 1996; Zapf 1996).

Ebenso wenig lässt sich die Frage beantworten, ob es sich im Prozess der dualen Transformation mehr gelohnt habe, der politischen oder der wirtschaftlichen Liberalisierung Priorität einzuräumen. Während auf beiden Gebieten ein entschiedener Bruch mit der Vergangenheit die beste Voraussetzung war, um die „duale Transformation“ zu bewältigen (Bunce 2001), bleibt der Kausalnexus zwischen demokratischer und wirtschaftlicher Entwicklung nach wie vor unbestimmt. Zwar zeigt sich eine enge Korrelation beider Teile (Geddes 1999), aber kein

klares Verursachungsmuster in der einen oder anderen Richtung. Folglich wird vermutet, dass es sich um dieselben Faktoren handelt, die als Treiber wirtschaftlicher und demokratischer Entwicklung wirken (Robinson 2006).

Was die für das Wahlverhalten bedeutsame Cleavage-Bildung angeht, war ebenfalls kein einheitliches Muster auszumachen. Der jeweilige Einfluss kultureller, ökonomischer, ethnischer oder eliten-induzierter Differenzen ließe sich nur im Einzelfall mittels multivariater Modelle aufdecken (Whitefield 2002). Dem entspricht die Ambivalenz der kulturellen „legacies“ des Sozialismus, in denen einst ein Handikap der Demokratisierung vermutet wurde. Tatsächlich entpuppten sie sich nicht selten als transformationsförderlich, da z.B. Autoritätshörigkeit und niedrige Organisationsbereitschaft bei der Implementation schmerzhafter Reformen von Nutzen waren (Wiesenthal 2001; Bönker/Wielgohs 2004).

Diffus muten schließlich auch die Antworten auf die Frage an, ob sich in den postsozialistischen Ländern eine einheitliche oder differenzierte Typik des Kapitalismus herausgebildet hat. Während für das erste Jahrzehnt ein relativ einheitlicher Pfad der Marktliberalisierung konstatiert wird (Kitschelt 2004), werden nun in jüngst publizierten Studien auf der Spur der „Varieties of Capitalism“-Forschung mehrere, auch von westlichen Vorbildern abweichende Spielarten des Kapitalismus identifiziert (Bohle/Greskovits 2007; King 2008; Knell/Srholec 2008).

----

Bedeutsamer als diese recht diffusen Befunde sind Erkenntnisse über jene Zusammenhänge, denen die anfängliche Transformationsskepsis galt. So lag dem viel zitierten „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ (Elster 1990; Offe 1991) die Annahme zu Grunde, dass ambitionierte Reformer recht bald an der Wahlurne abgestraft würden. Die Hypothese des „retrospective economic voting“ (Stokes 2001) hat sich in den osteuropäischen Reformländern jedoch nicht pauschal bestätigt. Vielmehr zeigte sich, dass die Wählerentscheidungen wesentlich differenzierter ausfielen. In mehreren Ländern war z.B. restriktive Lohnpolitik kein Grund, der Regierung das Vertrauen zu entziehen. Das geschah jedoch häufig, wenn steigende Arbeitslosigkeits- und Inflationsraten registriert wurden (Stokes 2001: 26).

Klarheit wurde auch in der Frage der optimalen Transformationssteuerung gewonnen, und zwar hinsichtlich des bestgeeigneten Regierungstyps und des Einflusses auf bzw. der Verursachung von sozialer Ungleichheit. Es stellte sich heraus, dass liberale, d.h. Wettbewerbs-Demokratien am erfolgreichsten bei der Realisierung der ökonomischen Reformen waren. Häufige Regierungswechsel, wie sie bei diesem Regierungstyp auftraten, haben den Fortgang der Reformen nicht nennenswert behindert. Demgegenüber konnten die „starken“ Exe-

kutiven der Autokratien und „defekten“ Demokratien nur bescheidene Transformationserfolge erzielen.

Waren Regierungen keiner wirksamen Opposition und keinem Abwahlrisiko ausgesetzt, so ließen sich etwaige Reformbemühungen häufig von Mitgliedern der „alten“ Elite oder privilegierten Insidern blockieren (Beyer 2008; Hellmann 1998). Entgegen frühen Befürchtungen war es nicht eine unzufriedene Wählerschaft, die schmerzhaft Reformen stoppte und den Wandlungsprozess abbremste, sondern eine kleine Schicht von Nutznießern der in der Start- oder Übergangsphase unvermeidbar entstandenen Regulierungslücken und Profitgelegenheiten (Hellman 1998, Åslund 2001). Hier setzt auch der Entwicklungspfad der zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion an, die sich zu Autokratien mit Elementen von Clan-Herrschaft mauserten. Nicht zufällig blieb in ihnen die wichtigste Voraussetzung einer funktionierenden Marktwirtschaft unerfüllt, nämlich die Gewährleistung wohldefinierter Eigentumsrechte und die Entwicklung freier Märkte für den Handel mit ihnen (vgl. de Soto 2002).

Was die Zunahme sozialer Ungleichheit im Transformationsprozess angeht, so wurde ein kurvilinearere Zusammenhang mit der Intensität und dem Umfang der Reformpolitik entdeckt. Der Anstieg des Gini-Index war sowohl dort am geringsten, wo (wie in den EU-Beitrittsländern) ein umfängliches Reformpaket zügig realisiert wurde, als auch in den Ländern, die keine oder nur geringfügige Reformen vornahmen und hohe Regimekontinuität zeigen (wie in Zentralasien). Den größten Anstieg des Gini-Index verzeichneten dagegen Länder (wie z.B. Russland), die nur ein begrenztes Reformprogramm absolvierten und keinen oder wenig Regimewechsel aufweisen (Beyer 2008).

#### 4.

Schließlich erweisen sich selbst die Misserfolgsprognosen aus den frühen 1990er Jahren im Nachhinein als nützlicher Fingerzeig. Sie lenken die Aufmerksamkeit auf „kritische“ Momente im Projekt des Gesellschaftsumbaus und ermöglichen uns, ihr relatives Gewicht zu taxieren. Zudem verweisen sie auf mehr oder weniger geeignete Formen der empirischen Problembearbeitung und helfen, den Raum „politischer Möglichkeiten“ auszuloten, d.h. exakter zwischen vorstellbaren, aber unrealisierbaren Zukünften einerseits und alternativen, aber prinzipiell „möglichen Welten“ andererseits zu unterscheiden.<sup>3</sup>

Die nach dem Systemkollaps in Soziologie und Politikwissenschaft thematisierte Skepsis konnte sich nämlich auf einen Fundus an Theoriestücken berufen, die in einer Art *Negativpa-*

---

<sup>3</sup> Zum methodologischen Status der Begriffe „politische Möglichkeit“ und „mögliche Welten“ vgl. Friedrich (1963: ch. 11) und Elster (1981: Kap. 3).



*radigma der Unmöglichkeit holistischer Reformen* konvergierten. Ihre Wurzeln liegen in zahlreichen empirischen Studien, die das Scheitern des nach dem Zweiten Weltkrieg überschießenden politischen Gestaltungswillens analysierten. In diesem Unmöglichkeitstheorem laufen mehrere Forschungsstränge zusammen: die Befunde von Politikanalysen (z.B. Lindblom 1959) und der empirischen Entscheidungsforschung in öffentlichen Institutionen (z. B. Cohen u.a. 1972), der Analyse des Implementationsprozesses von Regierungsprogrammen (z. B. Pressman/Wildavsky 1979) und der Debatte über Grenzen der Regierbarkeit moderner Staaten (z. B. Crozier u.a. 1975). Theoretischen Ausdruck mit Anspruch auf Allgemeingeltung erhielten sie im kritischen Rationalismus Karl Poppers (Popper 1972) und der soziologischen Systemtheorie Niklas Luhmanns (1981). Ihre Quintessenz kommt in einer Reihe von *catchwords* und Floskeln zum Ausdruck – wie „the science of muddling through“ (Lindblom 1959), „the garbage can model of decision-making“ (Cohen u.a. 1972), der Alternativlosigkeit von „piecemeal technologies“ (Popper 1972), der „Utopie der Nulloption“ (Offe 1986) oder der „Tragik der toten Hände“ (Luhmann 1989).

Der theoretische Gehalt dieser Botschaften lässt sich – im Blick auf die soziologische Ebenenhierarchie – unschwer rekonstruieren und als tragende Säulen zeitgenössischer Gesellschaftsreflexion identifizieren. Er betrifft, erstens, die engen Grenzen individueller Informations- und Entscheidungsrationale (Stichwort *bounded rationality*), zweitens, die spezifischen Ressourcen-, Identitäts- und Strategieprobleme kollektiver Akteure sowie die Rationalitätsproblematik kollektiver Entscheidungen (Stichworte *collective action dilemma* und *social choice*) und, drittens, die Unmöglichkeit der Konstruktion einer gleichermaßen inklusiven wie instruktiven Systemrationalität (Stichwort *Selbstreferentialität sozialer Systeme*).

Mit Blick auf die erfolgreicherer Fälle der Transformation ist es nun möglich, den Geltungsanspruch dieser Theoreme zu prüfen und ggf. zu präzisieren. Dabei zeigt sich:

(1) Die auf der *Mikro-Ebene* vermuteten Grenzen der individuellen Informations- und Entscheidungsrationale sind variabel und überwindbar: etwa durch Rekurs auf institutionelle Vorbilder, *exemplarisches* Prozesswissen sowie Klugheitsregeln der Strategiebildung und Risikokalkulation.

(2) Was die auf der *Meso-Ebene* vermuteten Organisationsprobleme kollektiver Akteure und die Rationalitätsproblematik kollektiver Entscheidungen betrifft, scheinen die Erfahrungen aus dem Transformationsprozess die theoriegestützte Skepsis zu bestätigen. Dass sie die Transformation nicht gravierend behinderten, ist v.a. der besonderen Ausgangslage, d.h. der „Unterorganisation“ postsozialistischer Gesellschaft, und zum anderen dem Geschick der Reformpolitiker zuzuschreiben.

(3) Auf der *Makro-Ebene* war – entgegen allen skeptischen Erwartungen – ein inklusives Konzept der angestrebten *Systemrationalität* verfügbar. Das Beispiel der marktwirtschaftlichen Demokratien bot ausreichend instruktive Referenzen für die Gestaltung der einzelnen Funktionssysteme. Radikale Transformationsstrategien, die an externen Vorbildern orientiert waren – als „imitativer Holismus“ bezeichnet (Beyer 2008: 84f.) – zeigten sich der gradualistischen Alternative überlegen. Es waren insbesondere zwei Systemeigenschaften, die, sofern sie gleich zu Beginn implantiert wurden, als Richtungsgaranten und Sperrklinken wirkten: zum einen die Freiheitsgarantie allgemeiner Grund- und Bürgerrechte samt der demokratischen Verfahrensnormen; und zum anderen das wechselseitig fruchtbare Komplementärverhältnis von repräsentativer Demokratie und kapitalistischer Marktwirtschaft.<sup>4</sup> Es besteht Grund zur Annahme, dass das ubiquitäre und oft monierte Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Marktwirtschaft durchaus zu jenen Faktoren zu zählen ist, die modernen Gesellschaften eine gewisse Gleichgewichtstendenz verleihen.

## 5.

Damit komme ich zum Schluss und zu der Frage, welche Anhaltspunkte der Wissensgewinn über das Transformationsgeschehen und die Erfolgsbedingungen von Transformation für künftige Fälle ähnlich anspruchsvoller Art liefern mag.

Denn es wird immer deutlicher, dass die postsozialistische Transformation nicht das Ende tief greifender Anpassungsprozesse in Europa darstellt, sondern nur ihren besonders markanten Auftakt. Während der nächsten Periode beschleunigten sozialen Wandels, die als Folge des Aufstiegs der sog. „emerging economies“ und des abnehmenden Gewichts Europas in der Weltwirtschaft zu erwarten ist, werden die europäischen Wohlfahrtsstaaten nicht mehr als Vorbild und Entwicklungshelfer dienen können, sondern *selbst* Objekt und Subjekt tief greifender Anpassungsprozesse sein.

Die exakt 100 Länder außerhalb der OECD-Welt, die nach dem letzten Bertelsmann Transformation Index (2008) eine „gute“ oder „sehr gute“ Wirtschaftsleistung aufweisen, bestreiten mittlerweile mehr als die Hälfte der globalen Wirtschaftsleistung, wenn man diese nicht anhand der offiziellen, sondern der kaufkraftgewichteten Wechselkurse bemisst. Sie sind für das historisch beispiellose Wachstumstempo der Weltwirtschaft von zuletzt 5 % verantwortlich (demnächst wegen der Finanzkrise wohl nur noch 3 %, d.h. immer noch so viel wie im Nachkriegsboom 1950-73). Wir erleben also die Entstehung eines neuartigen Strukturmus-

---

<sup>4</sup> Das belegen empirische Vergleichsuntersuchungen: Åslund (2001), Bunce (2001), Geddes (1999), Robinson (2006) und Beyer (2008).

ters dieser Welt, was u.a. bedeutet, dass die „alten“ Industrieländer unter erheblichen Anpassungsdruck geraten. Er betrifft die Sektoralstruktur der Wirtschaft und Arbeitsmärkte vor allem jener Länder, die frühzeitig soziale Sicherungssysteme mit hohem Strukturierungs- und Beharrungsvermögen institutionalisiert haben, also die westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten.

Dass es dann die „alten“ Industrieländer sein werden, die sich dem Tempo und Resultaten des exogenen Modernisierungsprozesses (vgl. Schmidt 2008) anpassen müssen, folgt aus der Verschiebung der Einflussgewichte zu Gunsten der „neuen“. Diese werden in 20 Jahren zwei Drittel des realen Welt-Sozialprodukts bestreiten (in kaufkraftgewichteten Wechselkursen berechnet). Der Weltsozialprodukt-Anteil der EU-15 (das sind die EU-Staaten vor der Osterweiterung), der 2000 noch ein gutes Fünftel betrug, wird bis 2040 auf 5 % sinken (Fogel 2007).

Gleichgültig, welchen Anpassungspfad die westeuropäischen Demokratien bevorzugen werden, sei es die „neoliberale“ Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, die Einführung eines allgemeinen Grundeinkommens oder das Flexicurity-Konzept: Die notwendige Umkehrung der sozialpolitischen Prioritäten von kurativer, versorgungsorientierter und statusbezogener Sicherheitsgewähr zu präventiver, mobilitäts- und kompetenzorientierter Unterstützung scheint vor dem Hintergrund der verbreiteten Überzeugungen und Werthaltungen ein politisches Projekt von ähnlichem Umfang wie die gelungene Systemtransformation. Betrachtet man seine Realisierungschancen im Lichte der oben geschilderten Erkenntnisse, ist es jedoch als wesentlich riskanter anzusehen.

Denn die Abwehr eines drohenden Übels wird weitaus weniger motivieren als die Aussicht auf effektive Wohlstandsgewinne. Präventive Reformen des Wohlfahrtsstaats werden auch nicht auf die Unterstützung einer „sozialen Bewegung“ von Reformbefürwortern bauen können. Vielmehr wird der hohe Organisationsgrad der westeuropäischen Zivilgesellschaften dafür sorgen, dass einer schmalen „advocacy coalition“ der Experten eine breite Koalition von Reformgegnern gegenüber steht. Schließlich werden „rechtzeitige“ Reformbemühungen auch dadurch behindert, dass die effektive Vermeidung von Krisen keinen „politischen Profit“ abwirft, während die anfallenden Reformkosten lange Zeit ohne „Gegenfinanzierung“ bleiben.

In steuerungstheoretischer Hinsicht verdient das Projekt einer problemadäquaten Transformation europäischer Wohlfahrtsstaaten – ganz im Gegensatz zur postsozialistischen Transformation – genau jenes Maß an Skepsis, mit dem letztere irrtümlich bedacht wurde. Sie droht, mit hoher Wahrscheinlichkeit an der Gegenwartspräferenz der Wähler und der Opportunismusneigung der Politiker zu scheitern. Folglich hat die erfolgreiche Transformation der

postsozialistischen Länder gute Chancen, ein unwiederholbarer Fall des intentionalen Gesellschaftswandels zu bleiben.

## Literatur

- Akerlof, George A.; Rose, Andrew K.; Yellen, Janet L.; Hessenius, Helga, 1991: East Germany In From the Cold: The Economic Aftermath of Currency Union. *Brooking Papers in Economic Activity*, 1, 1-87.
- Åslund, Anders, 2001: The Advantages of Radical Reform, *Journal of Democracy*, 12. Jg.: 42-48.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.), 2008: Bertelsmann Transformation Index 2008. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Beyer, Jürgen, 2001: Jenseits von Gradualismus und Schocktherapie - Die Sequenzierung der Reformen als Erfolgsfaktor, in: Helmut Wiesenthal (Hg.): *Gelegenheit und Entscheidung. Policies und Politics erfolgreicher Transformationssteuerung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. 169-190.
- Beyer, Jürgen, 2008: Transformationssteuerung als Governance-Problem . In: Bönker, Frank; Wielgohs, Jan (Hg.): *Postsozialistische Transformationen und europäische (Des-) Integration*. Marburg: Metropolis Verlag, 79-93.
- Bohle, Dorothee; Greskovits, Béla, 2007: Capitalist Diversity in Eastern Europe. *economic sociology - the european electronic newsletter*, 8 (2), 3-9.
- Bönker, Frank; Wielgohs, Jan, 2004: Kultur als Transformationsbarriere: Entwicklungslinien einer Diskussion. In: Stykow, Petra; Beyer, Jürgen (Hg.): *Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung. Reformfähigkeit und die Möglichkeit rationaler Politik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 223-237.
- Bunce, V., 2001: Democratization and Economic Reform . In: *Annual Review of Political Science*, 4, 43-65.
- Burda, Michael, 1993: The determinants of East-West German migration: Some first results. In: *European Economic Review*, 37 (2-3), 452-461.
- Cohen, Michael D./ March, James G./ Olsen, Johan P., 1972: A Garbage Can Model of Organizational Choice, *Administrative Science Quarterly*, 17. Jg.: 1-25.
- Crozier, Michel J./ Huntington, Samuel P./ Watanuki, Joji, 1975: *The Crisis of Democracy*, New York: New York University Press.
- de Soto, Hernando, 2002: *Freiheit für das Kapital. Warum der Kapitalismus nicht weltweit funktioniert*. Berlin: Rowohlt.
- Elster, Jon, 1981: *Logik und Gesellschaft*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Elster, Jon, 1990: The Necessity and Impossibility of Simultaneous Economic and Political Reform, in: Piotr Ploszajski (ed.): *Philosophy of Social Choice*, Warsaw: IFiS Publishers. 309-316.
- Fogel, Robert W., 2007: *Capitalism and Democracy in 2040: Forecasts and Speculations*. NBER Working Paper No. 13184.
- Friedrich, Carl Joachim, 1963: *Man and His Government*, New York: McGraw-Hill.
- Geddes, Barbara, 1999: What Do We Know about Democratization after Twenty Years? *Annual Review of Political Science*, 2, 115-144.
- Giesen, Bernd/ Leggewie, Claus, 1991: Sozialwissenschaften vis-à-vis. Die deutsche Vereinigung als sozialer Großversuch, in: Bernd Giesen, Claus Leggewie (Hg.): *Experiment Vereinigung*, Berlin: Rotbuch. 7-18.
- Hellman, Joel S., 1998: Winners Take All: The Politics of Partial Reform in Postcommunist Transitions, *World Politics*, 50. Jg.: 203-234.

- King, Lawrence P., 2008: Central European Capitalism in Comparative Perspective. In: Hancké, Bob; Rhodes, Martin; Thatcher, Mark (Hg.): *Beyond Varieties of Capitalism. Conflict, Contradictions, and Complementarities in the European Economy*. Oxford: Oxford University Press.
- Kitschelt, Herbert, 2004: Historische Pfadabhängigkeit oder Strategiewahl? Zur politischen Ökonomie postkommunistischer Wirtschaftsreform. In: Stykow, Petra; Beyer, Jürgen (Hg.): *Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung. Reformfähigkeit und die Möglichkeit rationaler Politik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 87-115.
- Knell, Mark; Srholec, Martin, 2008: Diverging pathways in Central and Eastern Europe. In: Lane, David; Myant, Martin (Hg.): *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Land, Rainer; Possek, Ralf, 1992: Intellektuelle aus der DDR. In: *Berliner Debatte - Initial*, (1), 86-95.
- Land, Rainer; Possek, Ralf, 1994: Namenlose Stimmen waren uns voraus. Politische Diskurse von Intellektuellen aus der DDR. Bochum: Winkler.
- Lindblom, Charles E., 1959: The Science of Muddling Through, *Public Administration Review*, 19. Jg.: 79-88.
- Luhmann, Niklas, 1981: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, Wien: Olzog.
- Luhmann, Niklas, 1989: Politische Steuerung, *Politische Vierteljahresschrift*, 30. Jg.: 4-9.
- Offe, Claus, 1986: Die Utopie der Null-Option, in: Johannes Berger (Hg.): *Die Moderne*, Göttingen: Schwartz. 97-117.
- Offe, Claus, 1991: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit, *Merkur*, 45. Jg.: 279-292.
- Pollack, Detlef, 2008: Theoriefortschritte in der Transformationsforschung? Erfahrungen mit der Schwerkraft der Modernisierungstheorie beim Versuch ihrer Überwindung . In: Bönker, Frank; Wielgohs, Jan (Hg.): *Postsozialistische Transformationen und europäische (Des-) Integration*. Marburg: Metropolis Verlag, 41-61.
- Popper, Karl R., 1972: *The Poverty of Historicism*, London: Routledge & Kegan Paul.
- Pressman, Jeffrey L./ Wildavsky, Aaron, 1979: *Implementation*, 2nd ed., Berkeley: University of California Press.
- Robinson, James A., 2006: Economic Development and Democracy. In: *Annual Review of Political Science*, 9, 503-527.
- Sachs, Jeffrey, 1989: My Plan for Poland. In: *International Economy*, 3 (Dec.), 24-29.
- Schmidt, Manfred G., 1996: Der Januskopf der Transformationsperiode. Kontinuität und Wandel der Demokratietheorien. In: Beyme, Klaus von; Offe, Claus (Hg.): *Politische Theorien in der Ära der Transformation*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 182-210.
- Schmidt, Volker H., 2008: One World, One Modernity. In: Schmidt, Volker H. (Hg.): *Modernity at the Beginning of the 21st Century*. Newcastle: Cambridge Scholars Publishing, 205-228 .
- Stokes, Susan C., 2001: Introduction. In: dies. (Hg.), *Public Support for Market Reforms in New Democracies*. New York: Cambridge University Press, 1-32.
- Whitefield, Stephen, 2002: Political Cleavages and Post-Communist Politics. In: *Annual Review of Political Science*, 5, 181-200.
- Wiesenthal, Helmut, 1998: Post-Unification Dissatisfaction, or Why Are So Many East Germans Unhappy with the New Political System?. In: *German Politics*, 7 (2), 1-30.
- Wiesenthal, Helmut, 2001: Materiale und theoretische Befunde der vergleichenden Transformationsforschung. In: Wiesenthal, Helmut (Hg.): *Gelegenheit und Entscheidung. Policies und Politics erfolgreicher Transformationssteuerung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 214-230.
- Zapf, Wolfgang, 1996: Modernisierungstheorien in der Transformationsforschung. In: Beyme, Klaus von; Offe, Claus (Hg.): *Politische Theorien in der Ära der Transformation*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 169-181.